



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 440.18 / 06.12.2018

Eine neutrale Beschwerdestelle war dringend notwendig

Zum heute (06.12.2018) vorgestellten ersten Tätigkeitsbericht der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche sagt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Aminata Touré**:

Der erste Tätigkeitsbericht der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche zeigt, dass deren Einrichtung genau richtig und dringend notwendig gewesen ist. Innerhalb der fast drei vergangenen Jahre haben sich mehrere Hundert Kinder und Jugendliche an die Beschwerdestelle gewandt und Hilfe angefordert.

Gerade Kinder, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht bei ihren Eltern leben können, brauchen verlässliche Strukturen. Sie haben nicht das Glück, eine unbeschwerter Kindheit zu führen. Deshalb muss es immer im Fokus unserer politischen Arbeit sein, sie zu schützen.

Samiah El Samadoni und ihr Team leisten großartige und wichtige Arbeit. Insbesondere angesichts der Vorkommnisse im Friesenhof ist es wichtig, mit der Beschwerdestelle eine neutrale und vertrauensvolle Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche zu haben. Das im Friesenhof Geschehene darf sich nicht wiederholen.

Alle Akteur*innen in der Kinder- und Jugendhilfe haben in den letzten drei Jahren große Anstrengungen übernommen und viel geleistet, um die Rahmenbedingungen für das Wohlbefinden von Heimkindern zu schaffen und zu verbessern. Besonders freue ich mich, dass Kinder und Jugendliche über ihre gewohnten Kommunikationswege WhatsApp, Threema und Facebook mit der Beschwerdestelle in Kontakt treten können, um auf Missstände hinzuweisen. Die beste Anlaufstelle nützt nichts, wenn sich niemand an sie wendet.

Herzlichen Dank an Samiah El Samadoni und ihr gesamtes Team für ihre herausragende Arbeit und Engagement in diesem Bereich.

Als Politiker*innen sind wir gefordert, uns mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen und zu überprüfen, wo wir gegebenenfalls nachsteuern müssen.
